Zusammenfassende Erklärung gemäß § 6a BauGB

Sachlicher Teilflächennutzungsplan „Windenergie“

Ziel der Aufstellung des sachlichen Teilflächennutzungsplans „Windenergie“

Ziel der Stadt Dülmen ist es, durch die Darstellung von Konzentrationszonen die Nutzung der Windenergie zu fördern und gleichzeitig raumverträglich zu steuern. Hierzu sollen durch den sachlichen Teilflächennutzungsplan „Windenergie“ über die bereits bestehende Konzentrationszone hinaus weitere Flächen für die Windenergie zur Verfügung gestellt werden. Gleichzeitig soll aber die Errichtung von weitgehend isoliert stehenden Einzelwindenergieanlagen vermieden werden. Aus diesem Grund sollen nur solche Flächen als Konzentrationszone dargestellt werden, die rechnerisch in der Lage sind, mindestens zwei Windenergieanlagen aufzunehmen. Hierdurch wird eine ungesteuerte Errichtung von einzelnen Windenergieanlagen verhindert, gleichzeitig aber dennoch genug Raum für die Windenergie zur Verfügung gestellt, so dass die durch die Bundesregierung aber auch durch die Stadt Dülmen in Form des Klimaschutzkonzeptes gesetzten Klimaschutzziele erreicht werden können.

Gemäß § 6a BauGB ist dem sachlichen Teilflächennutzungsplan „Windenergie“ eine zusammenfassende Erklärung beizufügen. Dabei sind folgende Punkte zu behandeln:

Art und Weise, wie die Umweltbelange berücksichtigt wurde

Potenzialanalyse

Grundlage der Flächennutzungsplanänderung bildet das gesamträumliche Planungskonzept, in dem bereits vorsorgend Umweltbelange berücksichtigt wurden. Hierbei wurden möglichst konfliktarme Standorte mit der Zielsetzung einer raum- und umweltverträglichen Steuerung der Windenergienutzung in einem mehrstufigen Verfahren ermittelt. In diesem Zusammenhang wurden die Schutzgüter und Umweltbelange wie folgt berücksichtigt:

1. Stufe: Berücksichtigung der Umweltbelange bei der Ermittlung harter Tabuzonen

Als harte Tabuzonen werden solche Flächen verstanden, die aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht für die Windenergie zur Verfügung stehen. Hierunter fallen auch Flächen, die inhaltlich Belangen des Umweltschutzes gem. § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB zuzurechnen sind. So sind im Rahmen der der Planung zugrunde liegenden Potenzialanalyse unter immissionsschutzrechtlichen Gesichtspunkten bereits Schutzabstände zu Siedlungsbereichen im Bestand und zu Wohngebäuden im Außenbereich sowie bestimmte Schutzgebiete nach dem Bundesnaturschutzgesetz (geschützte Biotope, geschützte Landschaftsbestandteile, Vogelschutzgebiete) und Schutzgebiete von europäischem Rang als harte Tabuzonen berücksichtigt worden. Die genannten Flächen stehen für die Nutzung durch die Windenergie nicht zur Verfügung.

2. Stufe: Berücksichtigung der Umweltbelange bei der Ermittlung weicher Tabuzonen

Als weiche Tabuzonen werden solche Flächen verstanden, die nach dem Willen der Kommune nicht für die Windenergie zur Verfügung stehen sollen. Diese Flächen sind somit Bestandteil der kommunalen Abwägung. Auch im Rahmen der Auswahl der weichen Tabukriterien wurden Umweltschutzbelange berücksichtigt. So sind Vorsorgeabstände zu Allgemeinen Siedlungsbereichen und Bereichen für gewerbliche und industrielle Nutzungen aus dem Regionalplan für das Münsterland sowie zu Wohnbauflächen, gemischten Bauflächen, Flächen für den Gemeinbedarf, Sonderbauflächen und gewerblichen Bauflächen aus dem Flächennutzungsplan berücksichtigt worden. Zudem wurde ein Vorsorgeabstand zu Wohngebäuden im Außenbereich berücksichtigt. Auch zu europäischen Vogelschutzgebieten wurde ein Vorsorgeabstand in der Planung angewendet. Überdies wurden die Wasserschutzzone I, II und III der Wasserschutzgebiete, Baudenkmale inklusive eines Vorsorgeabstandes sowie Waldflächen mit einer Größe von mehr als 2.000m² als weiche Tabuzonen bewertet und nach dem Willen der Stadt im Rahmen der Planung nicht berücksichtigt.

3. Stufe: Berücksichtigung der Umweltbelange in der Einzelfallprüfung

Die sich nach Abzug der harten und weichen Tabuzonen ergebenden Potenzialflächen sind in einem nächsten Schritt einer Einzelfallprüfung unterzogen worden. Auch hier sind wieder Belange des Umweltschutzes berücksichtigt worden. So ist auf dieser Stufe der Artenschutz durch die im Zusammenhang mit der Planung angefertigte Artenschutzprüfung der Stufe 1 berücksichtigt worden und hat dazu geführt, dass die Potenzialflächen 8 und 11 nicht als Konzentrationszone dargestellt wurden. Ebenso wurden im Rahmen der Einzelfallbetrachtung die Möglichkeiten zur Darstellung von Konzentrationszonen für die Windenergie innerhalb der regionalplanerischen Bereiche zum Schutz der Natur und innerhalb der festgesetzten Naturschutzgebiete in den Blick genommen. Als Ergebnis einer Abfrage bei den zuständigen Stellen wurden diese Gebiete innerhalb der betreffenden Potenzialflächen letztlich nicht als Konzentrationszone dargestellt.

Umweltbericht

Für die Aufstellung des sachlichen Teilflächennutzungsplans „Windenergie“ wurde im Sinne des § 2a BauGB ein Umweltbericht erstellt, dem eine entsprechende Umweltprüfung zugrunde liegt. Im Rahmen dieser Umweltprüfung wurden die Auswirkungen der FNP-Änderung auf die Umweltbelange (Tiere, Pflanzen, Fläche, Boden, Wasser, Luft, Klima, Menschen und die menschliche Gesundheit, Landschaft, Kultur- und sonstige Sachgüter) sowie die Wechselwirkungen zwischen diesen Belangen beschrieben und bewertet. Außerdem wurden die Auswirkungen, die durch die Planung verursacht werden, beschrieben und Möglichkeiten bzw. Maßnahmen für die Vermeidung und Verminderung bzw. den Ausgleich dargelegt.

Im Ergebnis konnte festgestellt werden, dass erhebliche Auswirkungen auf die Umweltbelange Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt sowie Landschaft (Landschaftsbild) nicht vollständig auszuschließen sind und insofern im nachfolgenden Genehmigungsverfahren weiter untersucht werden müssen. Für die Ebene der vorbereitenden Bauleitplanung hält der Umweltbericht aber fest, dass mit der Darstellung der Konzentrationszonen nach derzeitigem Kenntnisstand keine erheblichen Umweltauswirkungen nachteiliger Art verbunden sind.

Berücksichtigung der Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung

Im Rahmen der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung sind im Wesentlichen Anregungen zu den nachfolgenden Themenkomplexen vorgetragen worden:

Abstände:

Zum Themenkomplex Abstände sind sowohl durch die Träger öffentlicher Belange und die sonstigen Behörden als auch durch die Öffentlichkeit zahlreiche Anregungen vorgetragen worden. Wurden von den Trägern öffentlicher Belange im Wesentlichen Anregungen mit Verweis auf gesetzliche und untergesetzliche Regelungen zu Abstandsmaßen vorgetragen, denen vielfach entsprochen wurde, wurde von Seiten der Öffentlichkeit im Wesentlichen darauf hingewiesen, dass insbesondere die zum „Wohnen im Außenbereich“ angelegten Abstände deutlich zu gering wären. Eine Vergrößerung der Abstandswerte wurde auf Grund der Anregungen bzw. Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit gleichwohl nicht vorgenommen. Hintergrund für diese Entscheidung ist die den gewählten Abständen zukommende Funktion als immissionsschutzrechtlicher Vorsorgeabstand, der für den Bürger als Mindestabstand zu verstehen ist. Vor dem Hintergrund der Anforderungen der Rechtsprechung an den der Windenergie vor dem Hintergrund der Planung zu belassenden substantiellen Raum kann der gewählte Abstand nicht beliebig groß gewählt werden, sondern muss im Gesamtkontext mit den übrigen der Planung zugrunde liegenden Kriterien betrachtet und bewertet werden. Eine abschließende Festlegung der einzuhaltenden Abstände wird auf Ebene des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens vorgenommen.

Artenschutz und FFH-Verträglichkeit:

Sowohl im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange als auch im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit ist mehrfach auf den Themenkomplex „Artenschutz“ sowie auf die FFH-Verträglichkeit der vorliegenden Planung eingegangen worden. Wesentliche Inhalte dieser Stellungnahmen waren Hinweise auf das Vorkommen bestimmter Arten sowie die grundsätzliche FFH-Verträglichkeit der vorliegenden Planung. Mit Blick auf die Vereinbarkeit der vorliegenden Planung mit dem Artenschutz ist im Rahmen der Planaufstellung eine Artenschutzprüfung der Stufe I angefertigt worden. Diese hat dazu geführt, dass etwa die zunächst identifizierten Potenzialflächen 8 und 11 nicht als Konzentrationszone dargestellt wurden. Gleichzeitig ist als Folge der Ergebnisse der Artenschutzprüfung der Stufe I etwa die Abgrenzung der Konzentrationszone 13 angepasst worden. Für alle letztlich als Konzentrationszone dargestellten Flächen kommt die ASP I sodann zu dem Ergebnis, dass aus artenschutzrechtlicher Sicht die Möglichkeit einer Darstellung als Konzentrationszone grundsätzlich gegeben ist, im Rahmen der Genehmigungsplanung aber teilweise weitere faunistische Untersuchungen erforderlich sind, auf deren Grundlage dann eine Entscheidung zur abschließenden Standortwahl getroffen werden sollte.

Die vermeintliche Notwendigkeit einer FFH-Verträglichkeitsprüfung wurde von lediglich einem Träger öffentlicher Belange gesehen. Sowohl die Artenschutzprüfung der Stufe I als auch die für den Artenschutz zuständigen weiteren Träger öffentlicher Belange, die dem amtlichen und ehrenamtlichen Naturschutz angehören, haben ein entsprechendes Vorgehen nicht angeregt bzw. auf dieser Planungsebene für notwendig erachtet, so dass eine entsprechende Prüfung auf Ebene der Flächennutzungsplanung nicht durchgeführt wurde.

Auswahl der Tabukriterien und Kriterienkonzept:

Während der Beteiligungen der Öffentlichkeit ist mit Blick auf das der Planung zugrunde liegende Kriterienkonzept mehrfach angeregt worden, dieses an konkreten Standorten dahingehend zu

verändern, dass der Zuschnitt einer Konzentrationszone für ein konkretes Windenergieprojekt besser geeignet ist. In der Rechtsprechung ist hierzu anerkannt, dass bei Planungen, von denen die Rechtswirkung des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB ausgehen soll, eine einheitlich abstrakte Vorgehensweise hinsichtlich der Anwendung der gewählten Tabukriterien zugrunde zu legen ist. Hieraus folgt, dass Änderungen des Kriterienkonzeptes zu Gunsten bestimmter Vorhaben nicht vorgenommen werden können. Den Anregungen ist insofern nicht entsprochen worden.

Auswahl der Referenzanlage:

Zur Auswahl der der vorliegenden Planung zugrunde liegenden Referenzanlage ist sowohl im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wie auch im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit darauf hingewiesen worden, dass diese nicht dem aktuellen Stand von Windenergieanlagen entspricht. Hiermit verbunden war jeweils die Anregung, die gewählte Referenzanlage hinsichtlich ihrer Anlagenhöhe und des Rotordurchmessers an aktuelle Windenergieanlagen anzupassen. Da bei der Festlegung der Referenzanlage die konkreten Anlagenstandorte und Spezifikationen noch nicht bekannt sind, ist hier grundsätzlich Zurückhaltung geboten. Zudem ist mit Blick auf mögliche Verhinderungstendenzen darauf zu achten, dass eben gerade nicht die größte zu jeweiligen Zeitpunkt am Markt verfügbare Windenergieanlage als Referenzanlage ausgewählt wird. Den Anregungen ist insofern nicht entsprochen worden.

Denkmalschutz:

Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat der LWL Denkmalpflege, Landschaft und Baukultur für Westfalen auf mögliche visuelle Auswirkungen von Windenergieanlagen hingewiesen und angeregt, diese über Fotovisualisierungen von ausgewählten Standorten auszuwerten. Dieser Anregung wurde mit Blick auf die zu diesem Zeitpunkt noch nicht bekannten späteren Anlagenstandorte nicht entsprochen.

Weiterhin wurde im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung angeregt, Natur- und Bodendenkmale nicht pauschal mit einem Tabu zu belegen, sondern stattdessen die tatsächliche Betroffenheit dieser Denkmale im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens und unter Bezug auf den konkreten Anlagenstandort zu ermitteln und zu bewerten. Diesen Anregungen ist vor dem Hintergrund der im Rahmen des Planverfahrens noch nicht bekannten Anlagenstandorte und damit einhergehend der möglichen Auswirkungen einer Windenergieanlage auf Natur- und bzw. oder Bodendenkmale entsprochen worden.

Überlagerung von Schutzstreifen:

Im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange ist durch mehrere Rohrleitungsbetreiber angeregt worden, den bestehenden Schutzstreifen von allen Teilen der Windenergieanlage freizuhalten. Dieser Anregung ist nicht entsprochen worden, da zumindest ein Überstreichen der Schutzstreifen mit dem Rotor durchaus denkbar ist, abschließend aber auf Ebene der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung im jeweiligen Einzelfall zu prüfen ist.

Repowering:

Zum Thema Repowering wurde im Rahmen der unterschiedlichen Öffentlichkeitsbeteiligungen vorgetragen, dass der sachliche Teilflächennutzungsplan Windenergie ein Repowering vorhandener Windenergieanlagen nicht zulassen würde, da die Standorte dieser Anlagen außerhalb der dargestellten Konzentrationszonen liegen. Grundsätzlich setzt der vorliegende sachliche Teilflächennutzungsplan vorhandene Windenergieanlagen auf den Bestand zurück, sofern die beabsich-

tigten Repoweringstandorte nicht innerhalb der dargestellten Konzentrationszonen liegen und die im Rahmen des Repowerings zu errichtende Windenergieanlage nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB zu genehmigen ist. In der Begründung ist jedoch auch darauf hingewiesen worden, dass der zukünftige § 245e Abs. 3 BauGB regelt, dass die mit dem sachlichen Teilflächennutzungsplan beabsichtigte Rechtswirkung des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB einem Repoweringvorhaben ab dem 01.02.2023 nicht mehr entgegengehalten werden kann.

Planungsalternativen

Anderweitige Planungsmöglichkeiten bzw. Planungsalternativen kommen unter Berücksichtigung der städtebaulichen Ziele des vorliegenden sachlichen Teilflächennutzungsplans „Windenergie“ und unter Berücksichtigung der harten sowie der festgelegten weichen Tabukriterien nicht in Betracht.

Gemäß § 5 Abs. 2b BauGB können die Kommunen für die Zwecke des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB sachliche Teilflächennutzungspläne aufstellen. Eine solche Darstellung steht als öffentlicher Belang der Errichtung einer Windenergieanlage außerhalb der dargestellten Konzentrationszonen entgegen, erlaubt somit eine räumliche Steuerung der Windenergie und verhindert die s.g. Verspargelung der Landschaft.

Bei Nichtdurchführung der Planung bleibt formal die im Rahmen der 43. Änderung des Flächennutzungsplans dargestellte Konzentrationszone in Welte bestehen. Es ist allerdings vor dem Hintergrund der jüngeren Rechtsprechung zu den Anforderungen an ein schlüssiges Plankonzept und zur Frage des substantiellen Raum Belassens nicht auszuschließen, dass die bestehende Planung im Falle einer gerichtlichen Überprüfung aufgehoben würde. In diesem Falle könnten die grundsätzlich im Außenbereich privilegierten Windenergieanlagen überall dort errichtet werden, wo sie immissionsschutzrechtlich genehmigungsfähig sind.

Von einer deutlichen Änderung der Nutzung und als Folge dessen der Strukturen in den dargestellten Konzentrationszonen ist bei einer Nichtaufstellung des sachlichen Teilflächennutzungsplans „Windenergie“ insgesamt nicht auszugehen. Sofern die bestehende 43. Änderung des Flächennutzungsplans einer gerichtlichen Überprüfung nicht standhalten würde, wäre die Windenergie wieder gem. § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB im planerischen Außenbereich privilegiert. Es ist grundsätzlich davon auszugehen, dass in diesem Fall mindestens dieselben Flächen durch Windenergieanlagen belegt würden, wie dies durch den sachlichen Teilflächennutzungsplan „Windenergie“ der Fall wäre. Mehr noch ist zu erwarten, dass Windenergieanlagen in Teilen des Stadtgebietes errichtet werden, die durch die steuernde Wirkung des sachlichen Teilflächennutzungsplans „Windenergie“ freigehalten würden.

Aufgestellt:
Dülmen, 12.12.2022
Stadt Dülmen – D III / FB 61
i.V.

gez.
Mönter
Stadtbaurat